

Niederschrift

über die Sitzung des Rates der Stadt Brühl am 26.2.2007

Sitzungsort: Ratssaal A 014/015

Beginn der Sitzung um 18.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 21.45 Uhr.

Vorsitz führte: Bürgermeister Kreuzberg

Mitglieder

<input checked="" type="checkbox"/> Boley	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Arth	bVb
<input checked="" type="checkbox"/> Dr. Dahm	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Baule	bVb
<input checked="" type="checkbox"/> Dahmen	CDU	<input type="checkbox"/> Bohlken	bVb
<input checked="" type="checkbox"/> Ehrenstein	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Mainzer	bVb
<input checked="" type="checkbox"/> Falkenstein	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Müller	bVb
<input checked="" type="checkbox"/> Fischer	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Schmitz, H.	bVb
<input checked="" type="checkbox"/> Dr. Frantziach-Immenkeppel	CDU		
<input checked="" type="checkbox"/> Gerharz, F. J.	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Bortlitz-Dickhoff	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/> Gerharz, Th.	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> vom Hagen	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/> Hepp	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Niclasen	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/> Hosmann	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Schönhütte	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/> Klug	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Weber	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/> Küster	CDU		
<input checked="" type="checkbox"/> Meeth	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Brämer	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> Pohl	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Pitz	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> Poschmann	CDU		
<input checked="" type="checkbox"/> Pütz	CDU		
<input checked="" type="checkbox"/> Rau	CDU		
<input checked="" type="checkbox"/> Schumacher	CDU	Verwaltung	
<input checked="" type="checkbox"/> Simons	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Kreuzberg	Bürgermeister
<input checked="" type="checkbox"/> Stilz	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Brandt	Beigeordneter
<input checked="" type="checkbox"/> Vetterling	CDU	<input type="checkbox"/> Freytag	Stadtkämmerer
<input checked="" type="checkbox"/> Vogel	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> J.v. Bothmer	GLB
		<input checked="" type="checkbox"/> Schiffer	- 01 -
<input checked="" type="checkbox"/> Berg (bis 20.35 Uhr, TOP 13)	SPD	Schriftführerin	
<input checked="" type="checkbox"/> Breu	SPD		
<input checked="" type="checkbox"/> Dr. Conen	SPD	M. Müller	
<input checked="" type="checkbox"/> Grafe	SPD		
<input type="checkbox"/> Heck	SPD	Gäste	
<input checked="" type="checkbox"/> Jung	SPD		
<input type="checkbox"/> Mengel	SPD	<input type="checkbox"/>	
<input checked="" type="checkbox"/> Dr. Petran	SPD	<input type="checkbox"/>	
<input checked="" type="checkbox"/> Reinkemeier	SPD	<input type="checkbox"/>	
<input checked="" type="checkbox"/> Salvador	SPD	<input type="checkbox"/>	
<input checked="" type="checkbox"/> Vilkmann	SPD	<input type="checkbox"/>	
<input checked="" type="checkbox"/> Wehrhahn	SPD	<input type="checkbox"/>	

A) Öffentlicher Teil	5
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2. Niederschrift vom 11.12.2006	6
3. Max Ernst Museum	6
hier: Betriebsübergang an den Landschaftsverband Rheinland	6
Bezug: KPTA 22.2.07	6
Vorlage-Nr. 44/00 dc - Ä -	6
4. Organisations- und Effizienzuntersuchung der Gesamtverwaltung	8
hier: Mittelbereitstellung und weiteres Verfahren	8
Bezug: HA 12.2.07	8
Vorlage-Nr. 33/05 af	8
5. Ordnung für die Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse der Ausschüsse des Rates der Stadt Brühl	10
Bezug: Rat 14.2.2005	10
Vorlage-Nr. 239/87 at	10
6. 7. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Brühl	10
Vorlage-Nr. 218/85 ae - Ä -	10
7. Vertretung der Stadt Brühl im Wasser- und Bodenverband Dickopsbach	10
Vorlage-Nr. 25/74 j	10
8. 15. Änderung des Flächennutzungsplanes	10
hier: Abwägung der Anregungen und Beschluss über die Vorlage zur Genehmigung bei der Bezirksregierung gem. § 6 Abs. 1 BauGB	10
Bezug: PStA 13.2.07	10
Vorlage-Nr. 87/01 m	10
9. Schließung des Sportplatzes Bonnstraße	11
Bezug: SchSpA 23.1.07	11
Vorlage-Nr. 19/87 b	11
10. Hockeyplatz des THC Brühl e. V.	17
Bezug: SchSpA 23.1.07	17
Vorlage-Nr. 68/83 d, e Ä	17
11. Einführung der Offenen Ganztagschule an der Pestalozzi-Förderschule	18
Bezug: SchSpA 23.1.07	18
Vorlage-Nr. 3/07 a Ä	18
12. Wahl von Schulleitern durch die Schulkonferenz gem. § 61 Abs. 2 Schulgesetz NRW	19
hier: Festlegung der Vertreter/innen des Schulträgers in den Schulkonferenzen	19
Bezug: SchSpA 23.1.07	19
Vorlage-Nr. 2/07 Ä	19
13. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	20
hier: Bau des Kreisverkehrs Alte Bonnstraße/ Steingasse/Geildorfer Straße;	20
Mittelbereitstellung für die weiteren Bauarbeiten	20
Bezug: Dringlichkeitsentscheidung Bürgermeister Kreuzberg und	20
Heinz Jung (SPD) vom 19.12.06	20
Vorlage-Nr. 10/03 p	20

14. Anträge	21
14.1 Kultur- und Servicecenter für Brühl; Planung nach dem PPP-Modell	21
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 4.1.07	21
Vorlage-Nr. 7/07	21
14.2 Klimaschutzbericht	21
hier: Antrag der Grüne-Fraktion vom 10.2.07	21
Vorlage-Nr. 8/07	21
14.3 Kinderschutz im Allgemeininteresse	22
hier: Antrag der Grüne-Fraktion vom 10.2.07	22
Vorlage-Nr. 9/07	22
14.4 Änderung Layout von Rats- und Ausschussvorlagen	23
hier: Antrag der Grüne-Fraktion vom 11.2.07	23
Vorlage-Nr. 10/07 Ä	23
15. Anfragen	23
15.1 Umfeld Giesler-Galerie	23
15.2 Neues Schulverwaltungsgesetz	23
15.3 Schulentwicklungsplan	24
15.4 Franziskanerhof: Zugang zum Schlosspark	24
15.5 Brücke Pingsdorfer Bach	24
B) Nichtöffentlicher Teil	26
16. Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2005	26
Bezug: RpA 8.2.07	26
Vorlagen-Nr. 27/06 c	26
17. Stand der Bearbeitung des Jahresabschlusses 2005	26
hierzu auch: Schreiben des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsaus-	26
schusses vom 9.2.07	26
Bezug: RpA 8.2.07	26
Vorlage-Nr. 43/99 l+m	26
18. Abschluss eines Wärmelieferungsvertrages für die Grundschule/offene Ganztagschule	26
Brühl- Badorf	26
Bezug: HA 12.2.07	26
Vorlage-Nr. 24/03 al	26
19. Bekanntgabe der Nebentätigkeiten des Bürgermeisters gem. § 18	27
Korruptionsbekämpfungsgesetz	27
Vorlage-Nr. 5/05 d	27
20. Mitteilungen	27
20.1 Kreisverkehrsanlage Alte Bonnstraße/Steingasse/Geildorfer Straße	27
20.2 Prüfung der Zulässigkeit einer formalen Rüge durch den Bürgermeister wegen	27
Sprachgebrauch in der Ratssitzung am 30.10.06	27
Hier: Beschwerde des Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (bVb) in der Ratssitzung am	27
11.12.06	27

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Rat in einer Schweigeminute Herrn Stadthauptbrandmeister a.D., Jakob Dahmen, der am 22. Dezember 2006 im Alter von 80 Jahren verstarb und von 1946 bis 1986 als Beamter bei der Feuerwehr der Stadt Brühl, zuletzt als Leiter der Feuerwehr, beschäftigt war.

A) Öffentlicher Teil

Zur Tagesordnung:

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) bittet wegen des sachlichen Zusammenhangs den TO-Pkt. 11 „Schließung des Sportplatzes Bonnstraße“ vor dem TO-Pkt. 9 „Hockeyplatz des THC Brühl e.V.“ zu behandeln.

Gegen die vorgeschlagene Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (bVb) nimmt Bezug auf die verbale Entgleisung von Ratsherrn Hosmann (CDU) in der Ratssitzung am 30.2.2006 und die diesbezüglich von ihm geforderte formale Rüge durch den Bürgermeister. In der letzten Ratssitzung am 11.12.2006 habe der Bürgermeister zugesagt, die Angelegenheit noch einmal zu prüfen. Er vermisse jedoch ein Prüfungsergebnis in der Tagesordnung.

Bürgermeister Kreuzberg sagt Behandlung der Angelegenheit in nichtöffentlicher Sitzung zu.

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Peter Boos, Zum Donnerbach 43, Brühl, Initiative für Völkerverständigung, berichtet von Schmierereien mit nationalsozialistischem Gedankengut an der Gedenkstätte für die ehemalige Brühler Synagoge an der Straße „An der Synagoge“. Er fragt den Bürgermeister, wie er dem braunen Vandalismus in der Stadt weiter begegnen wolle.

Bürgermeister Kreuzberg hält es für richtig und wichtig, gegen Extreme vorzugehen. Bisher könne man in Brühl jedoch noch nicht von einem Vandalismus, der sich durch die Stadt ziehe, sprechen. In einer internen Konferenz werde man allerdings in Zusammenarbeit mit der Polizei abklären, ob es entsprechende Hinweise gebe. Anschließend werde man überlegen, welche Maßnahmen man ergreifen kann.

Herr Boos ergänzt, dass er persönlich Strafanzeige wegen Volksverhetzung gestellt habe. Es handele sich s.E. nicht um einen dummen Jungenstreich, sondern um die Tat eines Insiders, da der 23. Februar der Todestag Wessels sei.

Bürgermeister Kreuzberg erwidert, dass dies immer noch nicht für einen flächendeckenden Vandalismus zeuge und kritisiert, dass dieser Eindruck hier erweckt werde. Dennoch betrachte er das Ganze selbstverständlich mit Sorge und man werde sehen, wie man hier vorgehen könne.

Herr Johannes Könen, Schulheißstr. 54, Brühl, bemerkt, dass wohl herausgekommen sei, dass die Stadtbücherei zu teuer sei; nun werde eine anderweitige Unterbringung überlegt. Er fragt, wie der Bürgermeister die Zukunft der Stadtbücherei sehe. Die derzeitige Lage sei exzellent. Er befürchte ein Kundenschwund bei einer Verlagerung.

Bürgermeister Kreuzberg führt aus, dass er die Zukunft der Stadtbücherei positiv betrachte. Sie habe einen Bildungsauftrag zu erfüllen, müsse aber – wie andere städtische Einrichtungen auch – wirtschaftlich arbeiten. Dies sei zwar in einigen Bereichen ausgeschlossen und auch bei der

Stadtbücherei schwer; dennoch halte er es für möglich, sich hier einer größeren Effizienz zu nähern.

Herr Georg Bäumer, Rösberger Str. 23, Brühl, Vorsitzender des SC Renault Brühl, nimmt Bezug auf TO-Pkt. 11 „Schließung des Sportplatzes Bonnstraße“. Bereits in der Schul- und Sportausschusssitzung habe er diesbezüglich seine Stellungnahme abgegeben; er sei verwundert über die heutige Beschlussvorlage, in der seine Äußerungen keinen Niederschlag gefunden hätten.

Der Verein habe starke Bedenken, die Kinder und Jugendlichen, dessen Alter in der Bambini-Abteilung mit 5 Jahren beginne, vom Hockeyplatz über den ungesicherten Park-and-Ride-Parkplatz zu den Umkleidekabinen zu schicken. Das Risiko, dass dort etwas geschehe, sei aus Vereinssicht nicht tragbar. Bei einer gemeinsamen Begehung mit der Verwaltung habe man angeregt, auf dem Sportplatz ein festes Gebäude mit Umkleiden und sanitären Einrichtungen zu errichten. Eine Prüfung sei auch zugesagt worden. Aus der Gefahrensituation heraus sollte man dies bei einer Verlagerung unbedingt berücksichtigen.

Bürgermeister Kreuzberg stellt fest, dass es sich nicht um eine Frage gehandelt habe; man habe jedoch zur Kenntnis genommen, um was es Herrn Bäumer gehe.

2. Niederschrift vom 11.12.2006

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 11.12.2006 werden keine Einwände erhoben.

3. Max Ernst Museum

hier: Betriebsübergang an den Landschaftsverband Rheinland

Bezug: KPTA 22.2.07

Vorlage-Nr. 44/00 dc

- Ä -

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) teilt mit, dass seine Fraktion die Angelegenheit ausgiebig diskutiert habe. Ausschlaggebend sei die letzte KPTA-Sitzung gewesen, in der noch offene Fragen ausführlich beantwortet worden seien. Die CDU-Fraktion stimme der Vorlage daher zu.

Der **Vorsitzende des Ausschusses für Kultur-, Partnerschaften und Tourismus, Ratsherr Hosmann** (CDU), berichtet, dass die Angelegenheit im KPTA ausgiebig und positiv diskutiert worden sei. Um nicht aus dem nichtöffentlichen Teil wieder in die öffentliche Sitzung wechseln zu müssen, habe der KPTA aus formalen Gründen keine Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Ratsfrau Schönhütte (Grüne) beurteilt den Betriebsübergang an den Landschaftsverband Rheinland ebenfalls als positiv. Man wünsche sich jedoch, dass noch explizit aufgeführt werde, dass der Bürgermeister beauftragt werde, den jährlichen Beitrag der Stadt Brühl festzuschreiben. Wenn der Betrag in Höhe von 225.000 €, von dem in dieser Vorlage nicht mehr die Rede sei, aufgenommen werde, könne ihre Fraktion zustimmen.

Bürgermeister Kreuzberg erklärt, dass er die Ergänzung für unproblematisch halte und stellt innerhalb des Rates ebenfalls einhellige Zustimmung fest.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) kündigt aufgrund der ausführlichen Diskussion im KPTA ebenfalls Zustimmung an. Allerdings seien die Eckpunkte 3 und 4 finanziell noch nicht genau absehbar. Er fragt den Bürgermeister, ob die Baumängel noch in größerem Umfang dokumentiert würden. Nach seiner Kenntnis habe es noch keine Bauabnahme gegeben, obwohl der Bau abgeschlossen und abgerechnet sei. Darüber hinaus sei die Formulierung in Punkt 15 wohl absichtlich „wolkig“. Er fragt, wie man hier eine Lösung anstreben wolle.

Bürgermeister Kreuzberg bestätigt, dass hier eine „blumige“ Formulierung gewählt worden sei. Man müsse gemeinsam eine Lösung erarbeiten, die jedoch nicht entscheidend sei für die anderen Eckpunkte. Landschaftsverband und Kreissparkasse hätten selbst bereits 500.000 € in die Stiftung eingebracht. Hier stelle sich somit die Frage, ob die Stadt Brühl dies nicht auch tun sollte. Dies könne jedoch im Rahmen der Haushaltsberatungen noch diskutiert werden.

Zu den angesprochenen Baumängeln erklärt er, dass es sich hier ganz eindeutig um Gewährleistungsfragen handele. Man sei derzeit dabei, die betroffenen Firmen entsprechend zu unterrichten. Wenn dies erledigt sei, könne die noch notwendige Bauabnahme erfolgen. Es handele sich hier um den normalen Gang der Dinge.

Ratsfrau Baule (bVb) spricht die Ziffern 7 und 15 der Liste der Eckpunkte an und verweist diesbezüglich auf die Ausführungen im KPTA. Ihre Fraktion bitte, Punkt 15 zu streichen und in Punkt 7 die Möglichkeit der weiteren Vertragsverlängerung zu prüfen, die sich automatisch nach 3 Jahren anschließen sollte.

Bürgermeister Kreuzberg weist nochmals darauf hin, dass Punkt 15 nicht Gegenstand der Vertragsgestaltung sei. Es handele sich um einen Beschluss, den man hier fasse oder nicht fasse. Im Übrigen sei die Liste der Eckpunkte nicht Bestandteil des Beschlussentwurfs. Insofern sei der Hinweis von Frau Schönhütte (Grüne) wichtig, die Festschreibung des Betriebskostenzuschusses noch in den Beschluss aufzunehmen.

Punkt 7 habe er selbst aus Gründen der Sicherheit aufgenommen. Man solle zunächst einmal die Erfahrungen abwarten und die Gestaltung nach 3 Jahren noch einmal prüfen. Der Punkt sei daher - gerade auch mit Rücksicht auf die Vereine – mit der vorgeschlagenen Formulierung wichtig.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) kündigt grundsätzliche Zustimmung an; allerdings habe er noch zwei formale Anregungen. Ziff. 1 des Beschlussentwurfes sollte zumindest sinngemäß um die Eckpunkte ergänzt werden.

Punkt 7 halte er ebenfalls für missverständlich. Es dürfe z.B. nicht sein, dass der Landschaftsverband nach 3 Jahren generell die Bewirtschaftung des Veranstaltungssaales ablehnen könne. Hier sei eine Klarstellung erforderlich.

Bürgermeister Kreuzberg erklärt, dass die Formulierung s.E. nicht missverständlich sei, da die Bewirtschaftung des Veranstaltungssaales eine Förderbindung sei. Den anderen Vorschlag greife er gerne auf und macht folgenden Formulierungsvorschlag: „... entsprechend der aufgeführten Eckpunkte 1 bis 14 zu übertragen.“ Hinsichtlich des Betriebskostenzuschusses schlägt er vor, folgende Ziff. 3 im Beschluss zu ergänzen: „... den Bürgermeister zu beauftragen, in den mit dem Landschaftsverband abzuschließenden Vertrag den von der Stadt Brühl zu leistenden Betriebskostenzuschuss auf jährlich 225.000 € festzuschreiben.“

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) erinnert daran, dass die angeblichen Baumängel damals Gegenstand heftigster Diskussionen gewesen seien. Er sei daher überrascht, nun wieder von Baumängeln zu hören und bittet um eine entsprechende Qualifizierung.

Bürgermeister Kreuzberg erklärt, dass ein Baumangel bereits dann vorliege, wenn die Herstellung nicht 100 % mit der Beauftragung übereinstimme. Man müsse auch dann, wenn es sich nur um Kleinigkeiten handele, bereits von einem Baumangel sprechen. Diese Mängel müssten festgestellt und reklamiert werden.

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) bittet, eine konkrete Liste zu gegebener Zeit vorzulegen.

Bürgermeister Kreuzberg sagt weitere Veranlassung zu.

Der Rat beschließt,

1. dem Landschaftsverband Rheinland den Betrieb des Max Ernst Museums einschließlich des Veranstaltungssaales ab 01.04.2007 entsprechend der in der Vorlage 44/00 dc aufgeführten Eckpunkte 1 – 14 zu übertragen,
2. dem Landschaftsverband Rheinland die Nutzung des Museumsgrundstückes mit Museumsgebäude ab 01.04.2007 zu gestatten,
- 3 den Bürgermeister zu beauftragen, in den mit dem Landschaftsverband abzuschließenden Vertrag den von der Stadt zu leistenden Betriebskostenzuschuss auf jährlich 225.000 € festzuschreiben

und beauftragt den Bürgermeister, den erforderlichen Nutzungsvertrag mit dem Landschaftsverband Rheinland abzuschließen.

Der vom Rat am 20.12.2004 gefasste Beschluss zum Abschluss des Grundvertrages zwischen der Stadt Brühl und der Max Ernst Museum GmbH ist zum 01.04.2007 aufzuheben. Der Bürgermeister wird beauftragt, den Aufhebungsvertrag mit der Max Ernst Museum GmbH abzuschließen.

- einstimmig -

4. Organisations- und Effizienzuntersuchung der Gesamtverwaltung

hier: Mittelbereitstellung und weiteres Verfahren

Bezug: HA 12.2.07

Vorlage-Nr. 33/05 af

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage zustimme. Er erläutert, dass die hier zur Verfügung gestellten 100.000 € für die externe Begleitung nicht dazu dienen, die Projekte konkret umzusetzen; sie dienen nach Auffassung seiner Fraktion und auch nach einhelliger Meinung des Hauptausschusses dazu, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung in die Lage zu versetzen, die anstehenden Themen in eigener Verantwortung anzugehen und in Eigenregie umzusetzen.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) hält dies für eine neue Interpretation, die weder der Beschlusslage noch der Sachlage entspreche. Der Beschlussentwurf besage konkret, dass „für die *Umsetzung* der Ergebnisse der Organisations- und Effizienzuntersuchung“ Mittel bereitgestellt werden sollten. Es gehe s. E. somit konkret um die Umsetzung der vom Lenkungsausschuss ausgewählten 10 Projekte. Seine Fraktion lehne den Beschlussentwurf ab, weil Validität und Akzeptanz der genannten Projekte offenkundig sehr gering beurteilt worden seien.

Außerdem fehle eine konkrete Leistungsbeschreibung für die begleitenden Maßnahmen, die bei der Umsetzung angewendet werden sollen. Es sei noch weitgehend offen, wer zum Zuge kommen soll, welches Verfahren angewendet werde und welche Kosten entstehen. Hier gebe es sehr unterschiedliche Kostenaussagen, so dass man konkret sagen müsse, was man wolle.

Schließlich halte der Bürgermeister und auch die Mehrheitsfraktion nach wie vor an dem Instrument der betriebsbedingten Kündigungen fest, welches seine Fraktion nicht für ein geeignetes Mittel für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die entscheidend zu einer effizienteren Verwaltung beitragen könnten, halte. Nur in Zusammenarbeit seien langfristige Lösungen zu erzielen. Auch andere Gutachten hätten Wege vorgeschlagen, z.B. auch den Weg der natürlichen Fluktuation. Es bedürfe in diesem Fall einer sehr sensiblen und von internen Kenntnissen begleiteten Führung der Verwaltung, um die freiwerdenden Stellen zu nutzen und Einsparungen zu erzielen.

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (bVb) erklärt, dass seine Fraktion den Beschlussvorschlag ablehne, da man den Betrag von 100.000 € als zu hoch betrachte. In Kenntnis der Tatsache, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben werde, sei man davon überzeugt, eine Umsetzung auch mit eigenem Personal zu bewerkstelligen. Selbstverständlich sei eine Schulung des Personals erforderlich; die Finanzierung könne jedoch über die laufenden Kosten erfolgen. Im Übrigen hätten sich einige Fachbereiche bereits um ein effizienteres und kostensparendes Handeln bemüht. Deren Vorschläge gelte es im Hause zu prüfen und mit eigenem Personal umzusetzen.

Außerdem habe sich seine Fraktion gegen eine weitere Beauftragung der Fa. Krups Consultants ausgesprochen, da es sich nicht um eine erfahrene Firma handle. Die Stadt Brühl sei für Krups eine Pilotkommune gewesen, da bisher noch keine öffentliche Verwaltung von dieser Firma untersucht worden sei. Man befürchte jedoch, dass der neue Begleiter wieder Krups heiße, da von einer Ausschreibung in der Vorlage nichts zu lesen sei.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) schließt sich den Ausführungen des **Fraktionsvorsitzenden vom Hagen** (Grüne) an. Allerdings sei auch der Hinweis richtig, dass aus dem Beschlussentwurf nicht explizit hervorgehe, dass die Mittel für eine Effizienzschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verwendet werden sollen. Er bittet diesbezüglich um eine entsprechende Ergänzung des Beschlusses.

Bezugnehmend auf die Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden Schmitz, H. (bVb) macht er nochmals deutlich, dass eine Umsetzung durch eigenes Personal nicht möglich sei, da es mit den bisherigen Reformen bereits überfordert sei und eine ergänzende Hilfestellung von außen benötige.

Im Übrigen sei noch kein Unternehmen präferiert. Da man über dem Betrag von 50.000 € liege, sei nach Vergaberecht ein neuer Auftrag zu erteilen, über den noch entschieden werden müsse.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) ist ebenfalls der Überzeugung, dass die notwendigen Selbstheilungskräfte in der Verwaltung nicht vorliegen. Insofern sei man völlig anderer Meinung als die bVb-Fraktion. Er bezweifle im Übrigen, ob man als Ratsmitglied die Befähigung habe, die Arbeit der Fa. Krups zu beurteilen. Er persönlich sei der Auffassung, dass man nun endlich einmal sehr fundierte Daten vorliegen habe, die nichts ausschließen würden.

Ratsherr Hosmann (CDU) plädiert ausdrücklich für eine externe Begleitung, die überaus wichtig sei.

Im Übrigen werde s.E. durch den letzten Absatz in den Erläuterungen eine Brücke geschlagen, in dem der Bürgermeister vorschlage, zunächst ein Pilotprojekt durchzuführen, um die Umsetzung im Wege des extern begleiteten Projektmanagements zu erproben.

Bürgermeister Kreuzberg dankt für die weise Wortmeldung und ergänzt, dass der Lenkungsausschuss mit den Dingen hautnah befasst sei. Er schlage daher vor, im Sinne des Wortbeitrages von Herrn Hosmann zu verfahren, da die Effizienzschulung implizit geschehe und abgedeckt sei. Eine Ergänzung des Beschlusses gemäß Vorschlag von Herrn Pitz (FDP) sei nicht erforderlich.

Der Rat beschließt, für die Umsetzung der Ergebnisse der Organisations- und Effizienzuntersuchung der Verwaltung der Stadt Brühl Haushaltsmittel im Haushalt 2007 (Sachkonto 54270) in Höhe von 100.000 € bereit zu stellen. Der Rat beauftragt den Bürgermeister, eine externe Begleitung bei der Umsetzung der ersten Projekte zu verhandeln.

Abstimmungsergebnis: 31 : 15

5. Ordnung für die Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse der Ausschüsse des Rates der Stadt Brühl
Bezug: Rat 14.2.2005
Vorlage-Nr. 239/87 at

Der Rat hebt die Befristung der Ordnung für die Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse der Ausschüsse des Rates der Stadt Brühl auf.

- einstimmig -

6. 7. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Brühl
Vorlage-Nr. 218/85 ae

- Ä -

Ratsherr Hepp (CDU) fragt, warum man die Treppe Niklaus-Ehlen-Straße herausnehme und stattdessen die Treppe Paul-Dahm-Straße, die nur 20 m entfernt liege und in das gleiche Wohngebiet führe, in das Programm aufnehme.

Man könne doch nicht die Reinigung der Treppe Niklaus-Ehlen-Straße, die doppelt so lang sei wie die Treppe Paul-Dahm-Straße, den Bürgern überlassen, zumal dort in der Umgebung nur ältere Leute wohnten. Die kurze Treppe Paul-Dahm-Straße könnte allerdings von den dort wohnhaften jüngeren Leuten selbst gereinigt werden.

Bürgermeister Kreuzberg führt aus, dass diese Frage eigentlich hätte geprüft werden sollen, was jedoch nicht geschehen sei. Er schlägt vor, den Artikel IV aus der jetzigen Beschlussfassung herauszunehmen und in der nächsten Sitzung nachzuschieben.

Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte 7. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Brühl ohne Artikel IV.

- einstimmig -

7. Vertretung der Stadt Brühl im Wasser- und Bodenverband Dickopsbach
Vorlage-Nr. 25/74 j

In Abänderung seines Beschlusses vom 30.05.1988 - Vorlage Nr. 25 / 74 b - bestellt der Rat den Ersten Beigeordneten und Betriebsleiter zum Vertreter der Stadt als Mitglied in der Verbandsversammlung des Wasser- und Bodenverbandes Dickopsbach.

- einstimmig -

8. 15. Änderung des Flächennutzungsplanes
hier: Abwägung der Anregungen und Beschluss über die Vorlage zur Genehmigung bei der Bezirksregierung gem. § 6 Abs. 1 BauGB
Bezug: PStA 13.2.07
Vorlage-Nr. 87/01 m

- I. Der Rat der Stadt Brühl beschließt unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange und unter Bezug auf die nachstehenden Erläuterungen über folgende Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung (08.01.-07.02.2007) zur 15. Änderung des Flächennutzungsplans.

Stellungnahmen von Bürgern

Folgende abwägungsrelevanten Anregungen von Bürgern sind eingegangen:

- Bürger 1 Fa. Kawis, Schreiben vom 22.12.2006
 B 1.1 Die Anregung wird zurückgewiesen.
 B 1.4 Die Anregung wird zurückgewiesen.
 B 1.11 Die Anregung wird zurückgewiesen.

Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange (TÖB)

Folgende abwägungsrelevante Stellungnahme von Trägern öffentlicher Belange ist eingegangen:

- TÖB 4 Geologischer Dienst NRW vom 17.01.2007
 T 4.4 Die Anregung wird zurückgewiesen.

- II. Der Rat beschließt die 15. Änderung des Flächennutzungsplans einschließlich der Begründung und beauftragt die Verwaltung die Änderung gemäß § 6 Abs. 1 BauGB in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) der oberen Verwaltungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen.

Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Brühl, Flur 22, Flurstücke 215, 375, 18, 340, 338, 346, 339, 387, 406, 388, 367, 389, 404, 403, 380, 378, 295 und 405 teilweise. Dies ist der Bereich zwischen der Sürther Straße im Norden, der A 553 im Osten, dem Betriebsgrundstück der Fa. Merl im Süden (ohne Flurstückes 357 und 358) und der nördlichen Verlängerung der Westgrenze der Wesselingener Straße bis zur Sürther Straße.

Der Übersichtsplan ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Bestandteil dieser Vorlage sind auch die Anlagen

- Begründung zur 15. Flächennutzungsplanänderung
- Umweltbericht
- Änderungsplan "15. Änderung des Flächennutzungsplans" aus der Vorlage 87/01 I.

Die Erteilung der Genehmigung ist ortsüblich bekannt zu machen.

- einstimmig –

9. Schließung des Sportplatzes Bonnstraße

Bezug: SchSpA 23.1.07

Vorlage-Nr. 19/87 b

Ratsherr Breu (SPD) macht die als Anlage beigefügten Ausführungen.

Bürgermeister Kreuzberg gibt zu bedenken, dass jeder Sportverein froh sein könne, wenn die Stadt noch in der Lage sei, eine Sportstätte zur Verfügung zu stellen. Es gebe jedoch kein Recht auf einen bestimmten Sportplatz.

Er teilt weiterhin mit, dass er vor der Sitzung sowohl mit Herrn Breu als auch mit Herrn Simons gesprochen habe. Er habe beide gebeten, die Möglichkeit der Befangenheit in dieser Angelegenheit zu überdenken und ggf. die Konsequenzen zu ziehen. Er selbst habe die Frage der Befangenheit prüfen lassen mit dem Ergebnis, dass eine Befangenheit juristisch nicht eindeutig sondern eher vage sei. Beide Ratsmitglieder seien Mitglied im Verwaltungsrat des SC Renault. Er selber sei ebenfalls Mitglied; die Befangenheit in seinem Fall richte sich jedoch nach anderen Vorschriften, so dass er eindeutig nicht befangen sei. Jeder müsse sich jedoch selber prüfen und er persönlich habe nichts gegen eine Beteiligung. Er als Bürgermeister müsse natürlich auch auf das rechtmäßige Zustandekommen von

Beschlüssen achten. Eine Unrechtmäßigkeit könne er allerdings im Moment nicht feststellen. Er müsse

hier aber darauf hinweisen, zumal er aus den Reihen des Rates auf die Funktion des Herrn Breu als Ehrenpräsident des SC Renault hingewiesen worden sei.

Aus seiner Sicht gebe es daher sicherlich eine moralische Betroffenheit; dem gegenüber liege eine juristische Befangenheit wohl eher nicht vor.

Ratsherr Breu (SPD) weist darauf hin, dass er die Frage der Befangenheit für sich selbst ebenfalls geprüft habe mit dem Ergebnis, dass er keine verantwortliche Funktion für den SC Renault ausübe. Der Titel „Ehrenpräsident“ sei lediglich eine schmückende Bezeichnung und habe mit dem handelnden Vorstand nichts zu tun.

Im Übrigen habe er diese Ausführungen nicht gemacht, weil er schon über 60 Jahre Mitglied des SC Renault Brühl sei, sondern weil er Sportpolitiker sei. Er hätte sich genauso geäußert, wenn einem anderen Brühler Verein so etwas widerfahren würde. Er habe sich stets dafür eingesetzt, möglichst ortsnah Sportplätze zu schaffen, weil man damit die besten Erfahrungen gemacht habe, insbesondere mit den Kindern aus den Ortsteilen. Dies sei seine Grundhaltung und habe nichts mit seiner Mitgliedschaft zu tun.

Bürgermeister Kreuzberg kann dieses Argument nicht gelten lassen, da es sich bei dem SC Renault nicht um den Sportverein der Bonnstraße handle. Grundsätzlich nehme er Herrn Breu allerdings seine Ausführungen zu seiner Einstellung den Sportvereinen gegenüber ab.

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (bVb) stellt fest, dass es zunächst nur um die Schließung des Sportplatzes Bonnstraße gehe. Er weist darauf hin, dass die Vorlage 19/87 b falsch sei, da der Schul- und Sportausschuss keine Empfehlung an den Rat ausgesprochen habe. Der Fachausschuss habe zunächst eine Prüfung gefordert, ob überhaupt eine Wohnbebauung auf dieser Fläche machbar sei.

Die Denkmalbehörden ließen lediglich eine Bebauung entlang der Bonnstraße zu. Die Schießsportvereine hätten in diesem Fall einen schönen Ersatzkirmesplatz auf Kosten des Sportes. Falls eine Bebauung bis zur Schießsportanlage genehmigt würde, wären die Beschwerden der Anwohner über die Lärmbelästigung schon vorprogrammiert und würden zu einer Schließung der Anlage und der Nebenanlagen führen.

Unabhängig von allen Bauplänen müsse nach Ansicht seiner Fraktion allerdings die Schlüsselgewalt heute schon an die Vereine abgegeben werden um städtisches Personal entbehrlich zu machen.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) bestätigt, dass der Schul- und Sportausschuss dem Rat keine Empfehlung gegeben habe.

Man stehe hier vor der Entscheidung, einen Sportplatz zu schließen, ohne zu wissen, ob die dadurch gewonnene Fläche vermarktet werden könne. Die Bodenrichtwerte seien zu relativieren im Hinblick auf die in der Vorlage genannten Probleme. Im nächsten Tagesordnungspunkt solle dann beschlossen werden, Geld in eine neue Anlage zu stecken, um die Schließung des Sportplatzes Bonnstraße zu kompensieren. Das Ganze mache in seinen Augen nur dann einen Sinn, wenn man ein klares planungsrechtliches Statement habe. Wenn hier tatsächlich Gewinne erzielt werden könnten, sollte man diese zum einen für die Herrichtung eines anderen Platzes nutzen und zum anderen für die Sanierung des städtischen Haushaltes.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) macht zunächst deutlich, dass man die Einstellung von Herrn Breu selbstverständlich nachvollziehen könne. Tatsache sei jedoch – und dies sei allen bekannt –, dass man zu harten Sparmaßnahmen gezwungen sei, wenn man auf Dauer noch solche Leistungen, wie z.B. die Bereitstellung von Sportflächen, beibehalten wolle. Unbestritten sei auch, dass man im Brühler Stadtgebiet mindestens eine Anlage zu viel habe.

Wenn man es hier an dieser Stelle schon nicht schaffe, zu lebensnotwendigen Sparbeschlüssen zu kommen, um auch auf Dauer sinnvolle und qualifiziert wertvolle freiwillige Leistungen anbieten zu können, frage er sich, wie man dann an Personalfragen herangehen wolle. Man könne den

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus niemals klar machen, dass man bei Sachkosten auf durchaus mögliche Einsparpotentiale verzichte und stattdessen bei Personalkosten gravierende Einsparungen vornehmen wolle. Aus diesem Grunde stimme seine Fraktion dem Beschlussentwurf zu.

Im Hinblick auf die Äußerungen von Schmitz (bVb) erinnert er an dessen Haushaltsrede und die ständigen Einsparappelle. Wenn man nun an konkrete Maßnahmen herangehe, die natürlich schmerzlich seien, falle jedem etwas ein, warum es gerade diese Maßnahme nicht sein dürfe. Wenn man auf diese Art Politik mache, komme man als Ratsmitglied der vom Bürger übertragenen Verantwortung nicht nach. Er appelliere daher nochmals an alle, Verantwortung zu zeigen und an diese Maßnahme heranzugehen.

Ratsfrau Küster (CDU) berichtet aus eigener Erfahrung, dass der Hockeyplatz den entscheidenden Vorteil habe, mit der Bahn wesentlich besser erreichbar zu sein als der Sportplatz Bonnstraße. Außerdem stünden weitaus mehr Parkplätze zur Verfügung und mittlerweile seien 12 statt früher nur 6 Umkleidekabinen vorhanden. Auch der Weg zu den Umkleidekabinen sei nicht viel länger als der an der Bonnstraße. Aus diesem Grunde werde sie für die Schließung des Sportplatzes Bonnstraße stimmen.

Ratsherr Berg (SPD) fragt, warum hier eine solche Eile an den Tag gelegt werde, obwohl die planungsrechtliche Frage noch nicht geklärt sei. Offensichtlich habe man dem Rat auch mit der Vorlage 19/87 b eine falsche Information vorgelegt. Vielmehr gebe ihm jedoch die Aussage in der Vorlage

19/87 a zu denken, die besage, dass der SC Renault der Verlegung des Sportplatzes positiv gegenüber stehe. Er habe jedoch aus der Wortmeldung von Herrn Bäumer in der Einwohnerfragestunde überhaupt nichts positives entnehmen können. Er halte dies für eine Fehlinformation, die dazu führe, den Sinn der ganzen Vorlage in Frage zu stellen.

Beigeordneter Brandt verwahrt sich in aller Form, auch im Interesse der Schriftführerin, gegen den Vorwurf, dass die als Auszug aus der Niederschrift vorgelegte Vorlage nicht den Tatsachen entspreche. Die Vorlage gebe das wider, was sich in der Sitzung des Schul- und Sportausschusses abgespielt habe. Es habe sich um eine sehr turbulente und auch emotionale Sitzung gehandelt, aber das, was hier niedergeschrieben sei, sei als Antrag formuliert und letztendlich auch beschlossen worden. In aller Deutlichkeit versichere er, dass dies auch nach seiner Kenntnis der Wahrheit entspreche. Die Vorlage in dieser Form als 'Auszug aus der Niederschrift' entspreche der Dienstanweisung des Bürgermeisters, da es sinnvoll sei, die abgeänderten Beschlüsse der vorberatenden Fachausschüsse dem Rat vorzulegen.

Ratsherr Hosmann (CDU) weist darauf hin, dass man mit der Schließung des Sportplatzes Bonnstraße jährlich 64.000 € spare. Der Hockeyplatz erfülle im Übrigen die notwendigen Größenstandards und es seien noch nie Beschwerden über den Weg zu den Umkleiden eingegangen, obwohl dort jahrelang gespielt worden sei. Man habe eine Finanznot und müsse unbedingt handeln. Besser sei es, an Sachkosten zu sparen als Entlassungen vorzunehmen.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) gibt zu bedanken, dass er sich in der Vorlage eine Abwägung zwischen dem, was man aufgebe und dem, was man gewinne, gewünscht hätte. Die Möglichkeit der Vermarktung sei ebenfalls nicht dargestellt. Er habe sich zwischenzeitlich erkundigt und erfahren, dass bei der Bebauung der ersten Reihe ein Gewinn von 500.000 € bis 700.000 € für ca. 2.500 qm Bauland gemacht werden könnte. Zusätzlich entfielen Betriebskosten in Höhe von 30.000 € bis 40.000 €, so dass eine erquickliche Summe erzielt werden könne.

Abgesehen von dieser Sichtweise handele es sich hier um die erste „Nagelprobe“, inwieweit man zum Sparen bereit sei. Tatsache sei, dass nichts aufgegeben werde, da gleichzeitig ein Ersatz geschaffen werde. Richtig sei auch, dass das Umkleiden auch bei der Nutzung durch den Hockeyclub funktioniert habe.

Er erinnere sich auch gut an die Etatrede von Herrn Schmitz (bVb), der in langen Ausführungen dem Rat Sparversäumnisse vorgehalten habe. Darüber hinaus habe Herr Schmitz auch eine Privatisierung der Bonnstraße vorgeschlagen. Von dieser Idee spreche nun niemand mehr.

Natürlich sei ein Verein dazu aufgerufen, auch selbst aktiv zu werden, wie dies z.B. in Schwadorf passiere.

Wenn man ernsthaft sparen wolle, müsse man hier beginnen.

Ratsherr Simons (CDU) kündigt an, dass er entgegen der Auffassung seiner Fraktion gegen eine Schließung des Sportplatzes Bonnstraße stimmen werde. Während seiner 36jährigen Mitgliedschaft im Sportausschuss sei es bisher noch nie zu einer Schließung einer Sportanlage gekommen. Er könne nicht nachvollziehen, dass gerade in der heutigen Zeit, wo es so viel Bewegungsmangel gebe, eine solche Sportstätte geschlossen werde, zumal die Forderungen des Sportstättenleitplanes bereits in den 70iger Jahren nicht hätten erfüllt werden können. Im Übrigen habe er schon einmal vorgeschlagen, die Sportplätze nicht abzuschließen, sondern ab Mittag zu öffnen, damit die Kinder nicht auf der Straße spielen müssten sondern diese Sportstätten nutzen könnten.

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) verwarft sich für seine Fraktion gegen den Vorwurf, dass man sich sinnvollen Sparvorschlägen verschließe. Dennoch werde man gegen diese Vorlage stimmen, weil kein stringentes Konzept zu erkennen sei, welches es rechtfertige, dass man in einer solch massiven Art und Weise in eine Interessenlage eingreife. Er erinnert daran, dass man im Zusammenhang mit Sportstätten im Brühler Süden mehrere Probleme habe, die im Zusammenhang gelöst werden müssten. Inkonsequent sei es auch, nur die Frage der Bebauung zu klären ohne die Frage der Verlegung der Schießsportanlage zu prüfen. Eine rentierliche Vermarktung des Grundstückes bei Beibehaltung der angrenzenden Schützenhalle sei nicht erkennbar.

Die Frage der mangelnden Bewegung müsse man im Zusammenhang mit Kindergarten und Schule diskutieren, da die Kinder und Jugendlichen künftig nachmittags nicht auf Sportplätzen spielten sondern in Ganztageseinrichtungen untergebracht seien. Schnellschüsse nützten daher nichts; vielmehr müssten sinnvolle Konzeptionen überdacht werden. Er macht abschließend nochmals deutlich, dass seine Fraktion nichts gegen Sparen habe sondern nur gegen sinnloses Sparen.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) erklärt, dass er der Vorlage deshalb nicht zustimmen könne, weil sie nicht solide vorbereitet sei. S. E. könnten nur Sportplätze geschlossen werden, die nicht genutzt würden, wie z.B. der Hockeyplatz. Auch könne er nicht nachvollziehen, warum die Unterhaltung des Sportplatzes an der Bonnstraße teurer sei als die Unterhaltung des Hockeyplatzes. Nach der Diskussion im Schul- und Sportausschuss hätte er sich gewünscht, dass die Verwaltung die Vorlage zurückgezogen hätte und die Angelegenheit zunächst intensiv geprüft worden wäre. Die Oppositionsfraktion verschließe sich keinesfalls Sparvorschlägen, wie die Beispiele Zusammenlegung der Rechnungsprüfungsämter oder Gebausie zeigten; solche Beschlüsse müssten jedoch solide vorbereitet werden. Dies fehle hier offenkundig.

Ratsherr Weber (Grüne) stellt fest, dass man keine belastbaren Zahlen habe und die Vorlage falsche Informationen enthalte. Er frage sich, warum man diese Maßnahme nicht als Effizienzprojekt genommen und entsprechend vorbereitet habe. Stattdessen gebe es nur Spekulationen und es werde alles falsch gemacht, was man überhaupt falsch machen könne. So müsse z.B. auch der Sportstättenleitplan neu überdacht und die enthaltenden Standards möglicherweise gesenkt werden. Eine solche Absenkung von Standards dürfe jedoch nicht nur für einen Verein vorgenommen werden sondern müsse generell für alle Vereine gelten. Hierüber müsse man allerdings diskutieren. Abschließend spricht er nochmals die Frage der Befangenheit an. Nach seinem Empfinden habe der Bürgermeister sich hier einen Weg offengehalten, um den Beschluss möglicherweise noch beanstanden zu können. Diese Frage müsse eindeutig geklärt sein.

Bürgermeister Kreuzberg erläutert nochmals den Stand der juristischen Prüfung:

Der Bürgermeister ist nicht befangen, obwohl er Mitglied des Verwaltungsrates des SC Renault ist. Der Bürgermeister hat zwar Stimmrecht im Rat, ist aber kein Ratsmitglied, so dass für ihn die

Vorschriften des § 31 bzw. des § 43 Abs. 2 GO NW nicht gelten. Nach § 62 LBG ist er lediglich von Amtshandlungen zu befreien, die sich gegen ihn selbst oder einen Angehörigen richten.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) macht in aller Deutlichkeit klar, dass man hier keine Entscheidungen mehr auf der Grundlage eines Sportstättenleitplanes, auch wenn er als „goldener Plan“ bezeichnet sei, treffen könne, der 30 Jahre oder älter sei. Es gebe eine demografische Entwicklung und man sei verpflichtet, Dinge aufgrund ihrer aktuellen Entwicklung zu beurteilen. Er zitiert abschließend aus der bereits angesprochenen Haushaltsrede des bVb-Fraktionsvorsitzenden und stellt fest, dass jetzt, wo eine konkrete Sparmaßnahme auf dem Tisch liege, diesem die Stärke fehle, die entscheidenden Schritte zu unternehmen.

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (bVb) unterstreicht die Ausführungen von Bortlitz-Dickhoff (Grüne). Darüber hinaus weist er darauf hin, dass es sich bei dem Hockeyplatz um vereinseigenes Terrain des THC Brühl handele und lediglich Grund und Boden von der Stadt Brühl 1983 gepachtet worden seien. Weitere Ausführungen hierzu werde er jedoch unter dem nächsten Tagesordnungspunkt machen. Bezugnehmend auf seine Haushaltsrede erinnert er daran, dass er hier ebenfalls die langfristige Verpachtung bzw. den Verkauf des Sportplatzes an den SC Renault Brühl angeregt habe.

Bürgermeister Kreuzberg weist nochmals darauf hin, dass sich am städtischen Sportstättenangebot nichts ändere, da lediglich eine Verlagerung vorgenommen werde. Es handele sich hier s. E. um ein sehr gutes Angebot der Stadt Brühl, welches nicht selbstverständlich sei. Man könnte den SC Renault auch auf andere Sportplätze verweisen, da man statistisch sogar zwei Plätze zu viel habe. Im Übrigen liege der Platz direkt an der Haltestelle und sei gerade im Hinblick auf die Erreichbarkeit durch Kinder und Jugendliche viel ungefährlicher zu erreichen.

Ratsherr Berg (SPD) bestätigt die Aussage des Fraktionsvorsitzenden Klug (CDU), dass man keine Entscheidungen auf der Basis von 30 Jahre alten Zahlen treffen könne. Hier werde jedoch verlangt, eine Entscheidung zu treffen, ohne überhaupt Zahlen zu haben und auf der Basis von Fehlinformationen. Der Widerspruch zwischen der Aussage in der Vorlage und in der Einwohnerfragestunde sei immer noch nicht aufgeklärt.

Im Übrigen habe man gerade unter TO-Pkt. 4 beschlossen, 100.000 € für eine externe Hilfe bei der Umsetzung des Organisations- und Effizienzgutachtens bereit zu stellen. Nun picke man sich den ersten Punkt aus der Prioritätenliste heraus, verzichte auf eine externe Beratung und setze ihn einfach um. Wenn man mit dem Gutachten weiter so umgehe, werde dies keinen Erfolg haben.

Bürgermeister Kreuzberg fragt, warum Herr Berg (SPD) einer Seite mehr glaube als der anderen. Wenn seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihm sagten, dass die Vereinbarungen - wie vorgelegt – einhellig so getroffen worden seien, habe er keinen Grund daran zu zweifeln. Er stelle sich in diesem Sinne voll hinter seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und erwarte auch vom Rat, dass er diese schütze. Er verwahre sich davor, dass hier bewusst Fehlinformationen geliefert worden seien. Man solle doch versuchen, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Es gebe sicherlich auch noch andere Lösungen, die aber keiner wolle. Die angeblich fehlenden Zahlen seien im Übrigen jedem bekannt und stünden deutlich im Krups Gutachten.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) zitiert nochmals aus der Vorlage und weist nach, dass die Formulierung viel zu schwammig und die Informationen hinsichtlich einer Vermarktung ungenau seien. Natürlich unterliege man dem Sparzwang und könne auch alte Zahlen nicht mehr heranziehen; dennoch müsse man hier zunächst weitere Prüfungen abwarten.

Auch sei in der Vorlage auch von einer möglichen Verlagerung auf den Sportplatz Brühl-Ost die Rede, obwohl dieser laut Krups Gutachten aufgegeben werden solle. Dieser Widerspruch sei ebenfalls noch nicht geklärt. Somit müsse man feststellen, dass keine entscheidungsreife Vorlage erstellt worden sei.

Bürgermeister Kreuzberg weist darauf hin, dass das hier anstehende Projekt im Lenkungsausschuss die höchste Punktzahl erreicht habe und am unproblematischsten diskutiert

worden sei. Man sei sich einig gewesen, dass man diese Maßnahme ohne externe Hilfe unverzüglich umsetzen könne.

Aus der Vorlage gehe im Übrigen deutlich hervor, dass auf jeden Fall eine Bebauung in der ersten Reihe machbar sei und durch eine weitere Bebauung der Gewinn sogar noch erhöht werden könne.

Ratsherr Hosmann (CDU) fragt, ob es nicht möglich sei, die Diskrepanz zwischen der Vorlage und dem, was Herr Bäumer in der Einwohnerfragestunde gesagt habe, endlich aufzuklären.

Bürgermeister Kreuzberg gibt zu bedenken, dass man eine Meinung auch ändern könne. Er wolle jedoch nochmals deutlich machen, dass er keinen Grund habe, an den Darstellungen seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu zweifeln. Die Verabredung sei so getroffen worden, sicherlich mit mehr Begeisterung, wenn noch neue Umkleiden gebaut würden und ansonsten mit weniger Begeisterung. Dennoch gebe es keinen Grund, an der Richtigkeit der Darstellung in der Vorlage zu zweifeln.

Ratsherr Berg (SPD) schlägt vor, Herrn Bäumer zu der Sache anzuhören.

Zum Krups Gutachten stellt er fest, dass sich dieses einseitig und ausschließlich auf die monetäre Seite konzentriere. Es besage nichts zu den sonstigen Folgen und Auswirkungen der Maßnahmen. Dies sei von seiner Fraktion bereits mehrfach beanstandet worden. Von daher verbleibe er bei seiner Meinung, dass man hier mit unzureichenden Fakten arbeiten müsse. Eine Kommune sei weitaus mehr als ein betriebswirtschaftliches Versuchslabor, in dem die Fa. Krups einmal üben könne, wie man in Kommunen eine Organisationsuntersuchung durchführt. Aus eigener Erfahrung könne er sagen, dass er hier schon weitaus bessere Ergebnisse gesehen habe.

Ratsherr Breu (SPD) berichtet, dass auch in der Sitzung des Schul- und Sportausschusses eine Diskrepanz zwischen der Ansicht des Vorsitzenden des SC Renault, Herrn Bäumer, und der Verwaltung deutlich geworden sei. In keinsten Weise sei eine zustimmende Äußerung seitens des Vereines erfolgt. Er schlage ebenfalls vor, Herrn Bäumer zu der Sache zu befragen.

Bürgermeister Kreuzberg gibt zu bedenken, dass der Rat kein Tribunal sei. Er betont nochmals, dass sich Auffassungen ändern könnten, weil man vielleicht bestimmte Dinge nicht bedacht habe. Im Grundsatz stehe er jedoch nach wie vor zu seiner Vorlage.

Ratsherr Breu (SPD) stellt fest, dass sich wohl eine Mehrheit für den Beschlussvorschlag des Bürgermeisters abzeichne. Er weist abschließend darauf hin, dass er selbst bei diesen Platzverhältnissen kein Enkelkind in diesem Verein anmelden würde. Alle anderen Brühler Vereine hätten bessere Voraussetzungen. Dies spreche sich rund.

Bürgermeister Kreuzberg bezeichnet diese Äußerungen als kontraproduktiv zur Funktion von Herrn Breu (SPD) in dieser Stadt. Die Aussage sei einseitig und spreche für eine Befangenheit. Herr Breu sei nicht der Berater des SC Renault, habe sich mit dieser Wortmeldung jedoch geoutet. Er schlägt vor, nun zur Abstimmung zu kommen.

Der Rat beschließt, die städtische Sportanlage „Sportplatz Bonnstraße (Rasenplatz)“ ab Beginn der Saison 2007/2008 zu schließen und beauftragt den Bürgermeister, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Nutzungsänderung mit dem Ziel „Wohnbebauung“ zu schaffen unter der Voraussetzung, dass die städtische Schießsportanlage und die Schießsportanlage der St. Sebastianus-Schützenbruderschaft vor 1442 e.V. in bisherigem Umfang weiterbetrieben werden können.

Abstimmungsergebnis: 25 : 21

10. Hockeyplatz des THC Brühl e. V.
Bezug: SchSpA 23.1.07
Vorlage-Nr. 68/83 d, e

Ä

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (bVb) weist zunächst darauf hin, dass er selbst nur Tennisspieler sei und keine Funktion im THC habe. Er berichtet, dass die Auflösung des Pachtvertrages zwischen dem THC Brühl und der Stadt Brühl unrechtmäßig zustande gekommen sei, weil der 1. Vorsitzende des THC Brühl nicht legitimiert gewesen sei, geldwerten Vereinsbesitz zu veräußern. Die Ablösesumme in Höhe von 5.000 € sei im Übrigen ein „Judaslohn“. Er frage sich, mit welchem Recht der Rat künftigen Hockeyspielern die Grundlage und das geeignete Terrain für ihren Sport nehme.

Die Darstellung in der Vorlage-Nr. 68/83 e sei im Übrigen falsch, da sich der Vertreter der bVb-Fraktion im Schul- und Sportausschuss gegen den Beschluss ausgesprochen habe und lediglich zur notwendigen Sanierung einen positiven Wortbeitrag geliefert habe. Die Aussage über das Einverständnis des SC Renault Brühl zur geplanten Verlagerung des Jugendsportbetriebes entbehren seit der Sitzung des Schul- und Sportausschusses jeglicher Grundlage. Der Vorsitzende habe in der Sitzung das Vorhaben nicht gutgeheißen. Eine Zwangsverlegung sei nach Ansicht seiner Fraktion unvertretbar. Die Sanitäreinrichtungen der benachbarten Dreifachsporthallen seien im Übrigen von den Mitgliedern des THC nie benutzt worden.

Seine Fraktion schlage vor, den Platz zu sanieren, den Pachtvertrag nicht aufzulösen und dem SC Renault durch eine Unterverpachtung die Nutzung der Rasenfläche so lange zu genehmigen, bis hier wieder Hockey gespielt werde. Eine weitere Möglichkeit wäre die exklusive Verpachtung des Fußballplatzes an der Bonnstraße an den SC Renault. Wegen der erst am 18. März stattfindenden Mitgliederversammlung des THC Brühl beantragt er, die Angelegenheit heute zu vertagen.

Bürgermeister Kreuzberg macht deutlich, dass sich der Rat nicht von der Mitgliederversammlung des THC abhängig machen könne, zumal diese dazu nichts sagen könne; der Pachtvertrag ende ohnehin im nächsten Jahr. Laut Vertrag habe die Stadt aber auch das Recht auf vorzeitige Kündigung, wenn der Platz zweckentfremdet werde. Eine Kündigung seitens der Stadt sei daher schon längst möglich gewesen und sei nun rechtens. Dies sei bedauerlich, aber Fakt.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) bestätigt, dass der Rat nicht die internen Probleme des Clubs berücksichtigen könne. Er beantragt, die 4 Unterpunkte des Beschlusses separat abstimmen zu lassen. Der Auflösung des Pachtvertrages könne man zustimmen. Die Bereitstellung von Mitteln im Haushalt 2007 könne jedoch im Rahmen der entsprechenden Haushaltsberatungen entschieden werden. Er sehe diesbezüglich zum jetzigen Zeitpunkt noch keinen Handlungsbedarf.

I. Der Rat lehnt den Vertagungsantrag der bVb-Fraktion ab.

Abstimmungsergebnis: 31 : 15

II. Der Rat beschließt

1. die vorzeitige Auflösung des Pachtvertrages vom 12. Juli 1983 zwischen der Stadt Brühl und dem THC Brühl e.V. über die Verpachtung der Gemarkung Badorf, Flur 1, Nr. 15, 16 und 130/17 für den Bau eines Hockeyplatzes ,

Abstimmungsergebnis: 31 : 15

2. die Bereitstellung eines Betrages in Höhe von 5.000,00 € im Haushalt 2007 als Abstandszahlung an den THC Brühl e.V. für die in die Platzanlage getätigten Investitionen,

Abstimmungsergebnis: 26 : 20

3. die Umwandlung der seinerzeit als Hockeyplatz genutzten Fläche durch entsprechende Sanierungsmaßnahmen in ein Fußballfeld

Abstimmungsergebnis: 26 : 20

4. und die Bereitstellung eines Betrages i.H. von 50.000,00 € im Haushalt 2007 zur Durchführung der Sanierungsmaßnahmen auf dem ehemaligen Hockeyplatz.

Abstimmungsergebnis: 26 : 20

11. Einführung der Offenen Ganztagschule an der Pestalozzi-Förderschule

Bezug: SchSpA 23.1.07

Vorlage-Nr. 3/07 a

Ä

Die **Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Ratsfrau Küster** (CDU), berichtet, dass die Festlegung der Elternbeiträge heftig diskutiert worden sei. Die Angelegenheit sei sehr schwierig, müsse aber unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, dass es auch an anderen Schulen bedürftige Eltern gebe. Es handele sich im Übrigen nur um Anerkennungsbeiträge, die kaum den Verwaltungsaufwand rechtfertigten. Es sei dann die Empfehlung ausgesprochen worden, keine festen Beiträge zu erheben, wobei nach ihrer Erinnerung die Formulierung „zunächst“ keine festen Beiträge zu erheben, gewählt worden sei. Insofern müsse Ziff. 4 der Vorlage 3/07 a geringfügig geändert werden.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) plädiert dafür, sich der Beschlussempfehlung des Schul- und Sportausschusses anzuschließen. Die besonderen Gründe an der Pestalozzischule seien von der Schulleiterin ausführlich dargestellt worden.

Ratsfrau Schönhütte (Grüne) bittet, den Jugendhilfeausschuss künftig in der Beratungsreihenfolge zu berücksichtigen.

Bürgermeister Kreuzberg stellt klar, dass der Jugendhilfeausschuss beteiligt worden sei.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) schlägt vor, in den Beschluss eine Befristung aufzunehmen, um die Angelegenheit nach einer gewissen Zeit noch einmal zu beraten.

Der Rat beschließt,

- 1) die Einführung der Offenen Ganztagschule an der Pestalozzi-Förderschule,
- 2) die Vergabe der Trägerschaft für den Offenen Ganztagsbetrieb an der Pestalozzi-Förderschule an den „Schülergarten Erfstadt e.V.“,
- 3) sich mit dem pädagogischen Konzept zur Offenen Ganztagschule an der Pestalozzi-Förderschule einverstanden zu erklären,

- 4) zunächst keine festen Elternbeiträge zu erheben, sondern den Eltern die Entscheidung über die Leistung eines freiwilligen Beitrages zu überlassen und nach 2 Jahren die Angelegenheit erneut zur Diskussion zu stellen und
- 5) den Bürgermeister damit zu beauftragen, den Vertrag mit dem „Schüलगarten Erftstadt e.V.“ abzuschließen.

- einstimmig -

12. Wahl von Schulleitern durch die Schulkonferenz gem. § 61 Abs. 2 Schulgesetz NRW
hier: Festlegung der Vertreter/innen des Schulträgers in den Schulkonferenzen
Bezug: SchSpA 23.1.07
Vorlage-Nr. 2/07

Ä

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) berichtet, dass im Schul- und Sportausschuss die Entsendung des Vorsitzenden des Schul- und Sportausschusses als stimmberechtigtes Mitglied statt der Entsendung des Bürgermeisters diskutiert worden sei. Er fragt, was die geforderte Umfrage über die Handhabung in Nachbarkommunen ergeben habe.

Erster Beigeordneter Brandt erklärt, dass der Schul- und Sportausschuss keine Empfehlung an den Rat ausgesprochen habe und daher auch keine neue Vorlage erstellt worden sei. Eine Nachfrage bei anderen Kommunen sei erfolgt; es würden alle Möglichkeiten praktiziert.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) plädiert für die Entsendung des Schul- und Sportausschussvorsitzenden als stimmberechtigtes Mitglied, da der Rat ansonsten nicht ausreichend beteiligt sei.

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (bVb) schlägt vor, jeweils einen Vertreter der 3 stärksten Fraktionen als beratende Mitglieder zu entsenden.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) macht deutlich, dass es eindeutige Zielsetzung des Gesetzgebers sei, mit der Neufassung des Schulgesetzes die Politik aus diesen Entscheidungen herauszuhalten. Seine Fraktion stimme daher der Vorlage zu und schlage bei den beratenden Mitgliedern eine Besetzung nach d'Hondt vor.

1. Der Rat beschließt, ein stimmberechtigtes Mitglied und 3 beratende Mitglieder in die Schulkonferenzen zu entsenden.

Abstimmungsergebnis: 26 : 20

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) schlägt im Hinblick auf die vorausgegangenen Wortmeldungen vor, lediglich ein beratendes Mitglied zu entsenden und hier den Vorsitzenden des Schul- und Sportausschusses zu benennen.

Der Rat fasst in Abänderung seiner vorausgegangenen Entscheidung folgenden Beschluss:

Der Rat beschließt gemäß § 61 Abs. 2 Schulgesetz NRW folgende Personen im Falle von Schulleiterwahlen in die Schulkonferenzen aller städtischen Schulen

1. als **stimmberechtigtes** Mitglied den Bürgermeister oder im Vertretungsfall ein/e von ihm beauftragte/r Verwaltungsmitarbeiter/in zu entsenden

Abstimmungsergebnis: 26 : 20

2. und als **beratendes** Mitglied den Vorsitzenden des Schul- und Sportausschusses, Herrn Berni Breu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

**hier: Bau des Kreisverkehrs Alte Bonnstraße/ Steingasse/Geildorfer Straße;
Mittelbereitstellung für die weiteren Bauarbeiten**

**Bezug: Dringlichkeitsentscheidung Bürgermeister Kreuzberg und
Heinz Jung (SPD) vom 19.12.06**

Vorlage-Nr. 10/03 p

Ratherr Weber (Grüne) kritisiert in ausführlichen Darstellungen und deutlichen Worten die hier gefasste Entscheidung. So sei z.B. eine Kostenübernahmeerklärung erteilt worden, ohne dass der Rat die entsprechenden Mittel bereit gestellt habe. Auch sei der Verkehrsausschuss erst im Januar über die Angelegenheit informiert worden. Hier sei die Menge des Straßenaufbruches jedoch mit ca. 1000 t und

einem Kostenaufwand von 180.000 € angegeben worden. In der jetzt vorliegenden Ratsvorlage sei von 1500 t und Kosten in Höhe von 100.000 € die Rede. Eine weitere Unstimmigkeit sei ihm in einer Vorlage für den Jugendhilfeausschuss aufgefallen. Dort sei angegeben, dass der Investor angeblich den Spielplatz nicht bauen müsse. Er fragt, ob die ursprüngliche Entscheidung hiermit wieder revidiert sei.

Insgesamt müsse er feststellen, dass es eine Vielzahl von Ungereimtheiten und widersprüchlichen Auskünften gebe. Er fordere daher eine dringende Aufklärung und eine Information über das, was im Erschließungsvertrag vereinbart worden sei. S. E. hätten erhebliche Mehrkosten durch eine bessere Verwaltungsarbeit verhindert werden können. Nun sei jedoch nichts mehr zu ändern.

Beigeordneter Brandt erklärt, dass eine Kostenübernahme in dem abgeschlossenen Vertrag ausdrücklich vereinbart worden sei. Mehr zu diesem Thema könne er in nichtöffentlicher Sitzung sagen.

Der Rat genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung:

Bürgermeister Michael Kreuzberg und Ratsherr Jung (SPD) beschließen im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 (1) Satz 2 GO NRW, einen außerplanmäßigen Aufwand in Höhe von 180.000,- € für den Bau des Kreisverkehrs „Alte Bonnstraße / Steingasse /Geildorfer Straße bei der 54010000 / 53170 Zuschüsse an private Unternehmen.

Deckungsvorschlag:

KKK 6101000 / 45250 Allgemeine Finanzwirtschaft / Erträge aus Verzinsung Gewerbesteuer.

- einstimmig bei 5 Enthaltungen -

14. Anträge

14.1 Kultur- und Servicecenter für Brühl; Planung nach dem PPP-Modell

hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 4.1.07

Vorlage-Nr. 7/07

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) erläutert den Antrag seiner Fraktion. Durch eine Bündelung und Zentralisierung sei sicherlich eine erhebliche Kostenersparnis zu erzielen. Hinsichtlich des Vorschlags zur Verwirklichung eines PPP-Modells weist er abschließend darauf hin, dass die Gebausie hier als Partner zur Verfügung stünde.

Ratsfrau Baule (bVb) gibt zu bedenken, dass auch ein PPP-Modell Kosten verursache. Überhaupt sei der Gedanke an einen Verkauf des Musikschulgebäudes unmöglich.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) weist darauf hin, dass es sich lediglich um einen Prüfauftrag handele und schlägt vor, die Angelegenheit im Hauptausschuss zu beraten.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) kann im Hinblick auf die Tatsache, dass es hier zunächst nur um eine Prüfung gehe, dem Antrag ebenfalls zustimmen.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) bezeichnet den Antrag als „Luftschloss“; die Vorschläge seien zu wenig konkret. Dennoch könne man sinnvolle Ansätze erkennen, so dass er einer Beratung im Hauptausschuss zustimmen könne.

Ratsherr Falkenstein (CDU) ist ebenfalls der Ansicht, dass der Antrag gute Ansätze enthalte und schlägt vor, die Gebausie mit einer Prüfung zu beauftragen.

Der Rat verweist den Antrag der FDP-Fraktion zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss.

- einstimmig -

14.2 Klimaschutzbericht

hier: Antrag der Grüne-Fraktion vom 10.2.07

Vorlage-Nr. 8/07

Ratsherr Weber (Grüne) erläutert ausführlich den Antrag seiner Fraktion und die Notwendigkeit der Erstellung eines Klimaschutzberichtes.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dahmen (CDU) hält dem entgegen, dass allseits bekannt sei, was man tun müsse. Die Erstellung eines Klimaschutzberichtes spare keine Tonne Kohlendioxyd und führe daher nicht weiter. Im Übrigen könne man sich umfassende Berichte nicht leisten. Besser sei es, zu handeln und einen Punkt konkret anzugehen.

Ratsfrau Baule (bVb) schlägt vor, den Antrag an den zuständigen Fachausschuss zu verweisen und dort auch die Kosten für die Erstellung eines solchen Berichtes zu nennen.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) verweist ebenfalls auf die hohen Personalkosten, die für die Erstellung eines solchen Berichtes aufgewendet werden müssten. Die hierfür benötigte Zeit sollte besser in positives Handeln umgesetzt und nicht zur Beleuchtung der Vergangenheit verwendet werden.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) erinnert daran, dass das Thema bereits seit über 20 Jahren aktuell sei und seine Fraktion bereits seit langer Zeit auf den Handlungsbedarf hinweise. Es seien aber immer noch nicht die notwendigen konkreten Zahlen bekannt. Wenn man sparen wolle, müsse man wissen auf welcher Basis.

Auch **Ratsherr Bortlitz-Dickhoff** (Grüne) kritisiert, dass keine Daten bekannt seien und somit eine Handlungsgrundlage fehle.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) hält einen entsprechenden Bericht ebenfalls für notwendig als Grundlage für die Einleitung wirksamer Maßnahmen. Es verwundere ihn, dass das Thema „Senkung Energiekosten“ im Lenkungsausschuss einhellig Zustimmung gefunden habe, man den vorliegenden Antrag jedoch ablehnen wolle. Auch der Technische Beigeordnete Herr Mues habe immer wieder die fehlende Erhebung kritisiert.

Ratsherr Weber (Grüne) macht nochmals auf die Wichtigkeit eines Klimaschutzberichtes aufmerksam, der ständig fortgeschrieben und durch den Fachausschuss begleitet werden müsse.

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (bVb) befürchtet, dass die Erstellung eines solchen Berichtes nicht leistbar sei und zu hohe Kosten verursache.

Der Rat lehnt den Antrag der Grünen-Fraktion ab, den Bürgermeister mit der Aufstellung eines Klimaschutzberichtes für die Stadt Brühl zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: 31 : 14

14.3 Kinderschutz im Allgemeininteresse **hier: Antrag der Grüne-Fraktion vom 10.2.07** **Vorlage-Nr. 9/07**

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) begründet den Antrag seiner Fraktion und fordert ein klares Bekenntnis des Rates zum Kinderschutz.

Der **Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Ratsherr Franz Josef Gerharz**, (CDU), bestätigt, dass die Forderung auf einem im Verkehrsausschuss behandelten Antrag basiere. Die hier angegebene Begründung sei jedoch nicht zutreffend. Keinesfalls werde das Interesse von Landwirten über die Interessen der Kinder gestellt. Tatsache sei jedoch, dass bei einer Sperrung der Einfahrt durch bauliche Maßnahmen den Landwirten ein Wenden mit ihrem Gespann nicht mehr möglich sei. Aus diesem Grunde gebe es z.Z. keine befriedigende Lösung.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) fordert die Grünen auf, ihren populistischen Antrag zurückzuziehen, da er in dieser Form rechtswidrig sei und beanstandet werden müsste.

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (bVb) fordert ebenfalls eine Rücknahme des Antrages. Der Schutz von Leib und Leben von Kindern und Jugendlichen liege selbstverständlich im Interesse aller, könne jedoch nicht generell über alle anderen Interessen gestellt werden.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) hält die gewählte absolute Formulierung des Antrages in Verbindung mit der dazu abgegebenen Erläuterung ebenfalls für unglücklich. Stets müssten alle Interessen ausgiebig gegeneinander abgewogen werden. Eine Zustimmung zu dem Antrag in dieser Form sei seiner Fraktion daher nicht möglich.

Erster Beigeordneter Brandt bestätigt, dass bei dieser Formulierung eine stets erforderliche Einzelabwägung unterbleibe und ein entsprechender Beschluss daher beanstandet werden müsse.

Der Rat lehnt den Antrag der Grünen-Fraktion ab.

Abstimmungsergebnis: 26 : 5 bei 14 Enthaltungen

14.4 Änderung Layout von Rats- und Ausschussvorlagen
hier: Antrag der Grüne-Fraktion vom 11.2.07
Vorlage-Nr. 10/07

Ä

Bürgermeister Kreuzberg weist darauf hin, dass es sich bei der Gestaltung von Rats- und Ausschussvorlagen um eine ureigenste Angelegenheit der Verwaltung handle. Eine Beschlussfassung durch den Rat in dieser Form sei daher nicht möglich. Selbstverständlich werde er die Anregungen aufnehmen.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) erläutert die Hintergründe des Antrages und weist darauf hin, dass die Darstellung der Kosten und Ertragsfrage als Voraussetzung für eine Beschlussfassung sehr wichtig sei. Er berichtet, dass die Stadt Köln z.B. so verfare.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) schlägt vor, die Anregungen aufzunehmen.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) stimmt der Forderung vom Grundsatz her ebenfalls zu und bittet, zusätzlich noch die verbleibenden Restmittel anzugeben.

Der Rat nimmt die Anregungen der Grünen-Fraktion hinsichtlich der Layout-Gestaltung von Rats- und Ausschussvorlagen zur Kenntnis.

15. Anfragen

15.1 Umfeld Giesler-Galerie

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (bVb) weist darauf hin, dass sich rund um das neue Giesler-Gelände sehr viel Schmutz und Unrat befinde. Er fragt, wann hier eine Säuberung und eine Begrünung vorgenommen werde.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass dies sobald wie möglich geschehe.

15.2 Neues Schulverwaltungsgesetz

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) fragt, wie sich das neue Gesetz auf die Anmeldungen zu den weiterführenden Schulen auswirke und bittet um Beantwortung im Schul- und Sportausschuss.

Bürgermeister Kreuzberg sagt Vorlage zu.

15.3 Schulentwicklungsplan

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) weist darauf hin, dass der Schulentwicklungsplan abgelaufen sei und fragt, wann eine Neuauflage vorgelegt werde.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass ein neuer Schulentwicklungsplan in Arbeit sei.

15.4 Franziskanerhof: Zugang zum Schlosspark

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) weist darauf hin, dass der Zaun zum Jardin Secret beschädigt sei und am Boden liege. Er fragt in diesem Zusammenhang, wann der hier gewünschte neue Zugang komme.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass er auf den Zustand des Zaunes hinwiesen habe und dieser in Kürze ausgebessert werde. Ein Zugang an dieser Stelle zum Schlosspark sei für das Frühjahr zugesagt.

15.5 Brücke Pingsdorfer Bach

Ratsfrau Grafe (SPD) erinnert an ihre diesbezügliche Anfrage und fragt nochmals nach dem Zeitpunkt der Realisierung.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass die Maßnahme auf den Weg gebracht sei.